

Militante Avantgarde der deutschen Staatsräson: Die „Antideutschen“

Vortrag in Oldenburg, 21. März 2025

Gerhard Hanloser

Am 5. Oktober wurden Besucher der Berliner Prachtstraße „Unter den Linden“ vor der Humboldt Universität Zeugen eines bizarren Aufzugs. Etwa 450 Menschen formierten sich zu einer Kundgebung und Demonstration anlässlich des Jahrestags des 7. Oktober, des weitflächigen Terrorangriffs der Hamas und anderer militanter Gruppen aus dem abgeriegelten Gaza-Streifen auf Israel. Ein Jahr nach diesem Massaker, das zu 1.139 Toten, darunter 695 Zivilisten auf israelischer Seite führte, waren laut unabhängiger Beobachtungsstellen auf palästinensischer Seite wegen des entgrenzten Vergeltungskriegs Israels über 42.000 Todesopfern zu beklagen. Diese Asymmetrie in der Opferzahl wurde in der deutschen medialen Berichterstattung, die im Gleichklang mit der regierungsamtlichen Position das Vorgehen Israels bedingungslos unterstützte, noch dadurch verstärkt, indem der alltägliche Schrecken in Gaza mit dem beständigen Hinweis auf den 7. Oktober zu überdecken versucht wurde. Die Demonstranten, die sich vor der Humboldt Uni einfanden, setzten mit ihren Demonstrationsparolen dieser deutschen Staatsräson die Krone auf. Palästinenser als reale Opfer waren suspendiert, Israel erschien nur als ewiges Opferkollektiv, dem jede Wehrhaftigkeit zu sprechen sei. „Gegen jeden Antisemitismus“, „Solidarität mit Israel“, „Fight Islamism“ waren auf Bannern zu lesen. Man trug Israelfahnen, auch eine große IDF-Fahne flatterte über der Veranstaltung. Jemand trug ein Schild, das dazu aufforderte, „Queers for Palestine“ anzugreifen. In anderen Ländern wäre dieser Aufzug unschwer als rechtsextreme Kundgebung erkennbar gewesen. In Deutschland rief eine „Antifa Berlin“ dazu auf. Die Kundgebungsteilnehmer, die in der Mehrzahl zwischen 30 und 50 Jahren alt waren, sehen sich selbst als antifaschistisch und links, tatsächlich entstammen sie der Szene sogenannten Antideutscher. Als es zu einer kleinen Störaktion propalästinensischer Gruppen kam, die gegen die „rassistische Demo sogenannter Antideutscher“ mobilisierte, wurde diese in heftiger Form von deutschen Polizisten abgedrängt und angegangen - wortwörtlich schlagkräftig von den „Antideutschen“ unterstützt, die ihre Verhaftung frenetisch bejubelten.

Wer sind diese „Antideutschen“? Wie ist diese spezifisch deutsche Phänomen einer proisraelischen Gruppe zu sehen, die den Partikularismus der deutschen Staatsräson, die palästinensische Perspektiven und Existenz negieren muss, lediglich rassistisch und militant zuspitzt und sich dennoch selbst als links und antifaschistisch, ja sogar antideutsch wähnt?

Blicken wir zurück auf die Entstehungsgeschichte und Wandlung der sogenannten „antideutschen“

Linken, um zu verstehen, wie eine kleine ultra-radikal sich gebende Avantgarde-Formation innerhalb der Linken zu einer opportunistischen, in Teilen sogar faschistoiden Kraft werden konnten.

Der Anfang könnte in Freiburg nahe des Schwarzwalds verortet werden. Dort formierte sich gegen die recht starke und agile autonom-antiimperialistische Szene in den 80er Jahren die Freiburger Initiative Sozialistisches Forum (ISF). Sie war ein Zusammenschluss kritischer Linksintellektueller (die sich selbst als Kommunisten sehen wollten), der die Erkenntnisse von Marx, Adorno, Horkheimer und die frühen Polemiken des Publizisten Wolfgang Pohrt zusammenführen wollten. Die ISF war eine kritische und polemisch agierende Gruppe, die ihre Aufgabe darin sah, der Linken vorzuhalten, zu konformistisch und zu unkritisch zu sein. Das Fortwesen deutsch-faschistischer Gesinnung in linken Milieus sollte kritisch aufgeklärt werden, Gesinnungskitsch und Wohlfühlgemeinschaften dekonstruiert werden. Die Initiative rezipierte theoretisch ambitioniert den westlichen Marxismus, sowie den Anarchismus und den diesem innewohnenden radikalen Antimilitarismus. Sie gründete bereits 1985 den ca ira-Verlag. Es entstanden in ihrem Umfeld anregende Schriften, allerdings mit gänzlich anderem Tenor und Impetus als der Sound ihrer späteren Veröffentlichungen.

Allerdings war dieser Initiative bereits eine an Carl Schmitt erinnernde Freund-Feind-Bestimmung des Politischen zu eigen. Und der Feind war in erster Linie der leicht zu erreichende Linke aus dem damals noch eigenen „Szene-Milieu“. In ihrem Kampf gegen antiimperialistische Linke ging diese früh-antideutsche Gruppe immer machiavellistisch, demagogisch, Akklamation erheischend vor.

Während des Golfkriegs 1991 scheute sie sich nicht davor zurück, antizionistisch-antiimperialistische Linke als „Antisemiten“ zu denunzieren. „Linker Antiimperialismus“ wurde in Bausch und Bogen verurteilt und lediglich als antiamerikanische Regung verstanden.

Antiimperialistische Stimmen, die sich gegen Israel positionierten und den Zionismus bekämpften, wurde allesamt als „antisemitisch“ bezeichnet, wobei sich diese Denunziation auch auf selbstkritische Erklärungen aus dem ex-aktivistischen Milieu wie einer Auflösungserklärung der „Revolutionären Zellen“ beziehen konnten und damit höhere Plausibilität für sich reklamieren konnten. Und nicht nur das: Schließlich war die gesamte radikale Linke ab 1989/90 aufgrund des Wiedervereinigungsnationalismus von einer vollkommen berechtigten Nie wieder Deutschland-Stimmung erfasst worden und agitierte gegen ein mögliches „4. Reich“. Die frühen Neunziger war die Zeit der rassistischen Pogrome von Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda, eines geschichtsrevisionistischen Roll-back und später der Auslandseinsätze und Kriegsbeteiligung

Deutschlands wie zum Jugoslawienkrieg von 1995 bis 1999. Die damals kleinen Zirkel der „Antideutschen“ agierten also inmitten einer nationalismuskritischen und deutschlandkritischen Linken, erschienen zuweilen wie ihre radikalsten Exponenten. Doch bereits in der Frühphase stand bei etlichen „Antideutschen“ nicht Deutschland mit seiner konkreten Politik im Fokus der Kritik, sondern die historische Linke mit ihren realen oder konstruierten Fehlern. Als die ISF sich später mit der Berliner Gruppe K aus dem zerfallenden Kommunistischen Bund (KB) zusammenschloss, verbündete sich der bisher eher randständige Freiburger Zirkel von Linksintellektuellen mit einer K-Gruppe und übernahm deren autoritären Habitus. 1992 wurde als Organ der „antideutschen“ Strömung die Zeitschrift „Bahamas“ rund um den Sprecher und Publizisten Justus Wertmüller gegründet. 1997 entstand aus einem Konflikt innerhalb der Junge Welt, die bislang traditionslinke und „antideutsche“ Positionen vereinte, die Wochenzeitung „Jungle World“. Während die „Bahamas“ zu Beginn ihres Erscheinens kaum breiter wirken konnte, kann die „Jungle World“ als Treibhaus einer Milieubildung der „Antideutschen“ gelten, in dem einige Gedankenfiguren, die bislang nur in Theorie- und Intellektuellenzirkeln herumgeisterten, wuchern konnten. Die Art der Feindbestimmung und des demagogischen Tenors, denen man sich in der Jungle World befleißigte, wird in Artikeln eines Mitbegründers der Wochenzeitung deutlich, der damals gegen antisemitische und antiamerikanische „Koalitionen, die von Globalisierungsgegnern und Graswurzel-Anarchisten über PDS-Kabarettisten und Stoiber-Anhänger bis zu Neuen Rechten“ reichen würden, haltlos polemisierte. Keine Assoziationskette, keine kulturalistisch vorgetragene Herabsetzung, die lediglich einen elitären Habitus transportierte, keine unanalytische Konstruktion war diesen antilinken Diskurskämpfern zu schade, um sie vorzutragen. Dies gestaltete sich zuweilen variantenreich und benutzte Theorie als Effekt. Banalisiert fanden Schlagworte aus der Theorie Moshe Postones, aber auch der sogenannten Wertkritik Verbreitung. Linken Bewegungen wurde ein „verkürzter Antikapitalismus“ vorgehalten. In intellektualisierender Aufgeblasenheit wurde allen möglichen linken Akteuren diagnostiziert, dass sie Basisstrukturen des Kapitalismus nicht erkennen, stattdessen „personalisieren“ würden, was anschlussfähig zu Antisemitismus sei. Dem sozialreformerischen Bündnis Attac wurde ein „struktureller Antisemitismus“ angedichtet, weil diese die Finanzmärkte besteuern wollten. Die sich in den Nullerjahren formierenden Antiglobalisierungsbewegung sollte sich nach dem Willen ihrer „antideutschen“ Kritiker doch lieber des „rassistischen und antisemitischen Normalzustands“ annehmen, so der damals noch hyperkritisch und ultraradikal daher kommende österreichische Publizist Stefan Grigat, der in vornehm-sublimierter Art vorschlug, man solle doch nicht die konkret Herrschenden der G8-Treffen

in Genua und an anderen Orten angehen, sondern die „normale Geschäftsordnung der herrschenden Verhältnisse“. Hier zeigte sich der Opportunismus unverbindlicher und unkonkreter hyperradikaler Abstraktionen, der – wie wir sehen werden – schnell in die reine Affirmation der Herrschaft zu kippen vermag.

Hatten also diese „Antideutschen“ bei der Mehrzahl der Linken einen „verkürzten Antikapitalismus“ diagnostiziert, so führte ein weltpolitisches Ereignis dazu, Antikapitalismus in Bausch und Bogen zu verurteilen. Aus dem fernen Orient sollte sich nämlich dank merkwürdiger Gedankenabstraktionen der „Antideutschen“ ein „barbarischer Antikapitalismus“ erheben: die Anschläge in New York am 11. September 2001. Der Islamismus von Al Quida wäre nicht nur von einem Hass auf den Westen motiviert, sondern hätte einen originären „Antikapitalismus“ als Grundlage. Neben dieser Diagnose setzte bei den „Antideutschen“ ein verdreht-antifaschistischer Reflex ein gegen einen nur militärisch zu bekämpfenden „Islamofaschismus“, womit sie dem *war on terror* seine geschichtspolitischen und historischen Weihen angedeihen ließen. Die feinfühlig-ex-linken Intellektuellen wie etliche konsumfreudige Kleinbürger des Jungle World-Kosmos waren für die Terrorangst besonders empfänglich und kombinierten die Kritik des Antiimperialismus, die die „Antideutschen“ so vermeintlich virtuos wie schlicht und unhistorisch-unredlich exerzierten, mit dem Aufruf zu praktischem Antifaschismus, der allerdings auf kriegerische Selbstertüchtigung des Westens setzte und den Gewaltsoverän anrief. Besonders die Berliner „Bahamas“ war prominenter und antreibender Ort dieser aggressiven Angstreaktion. In dieser Szene sprach man ebenso von der „judenmordenden Volksgemeinschaft Palästina“, wie der Anschlag auf das WTC als „bisheriger Gipfelpunkt der antizivilisatorischen Aggression“ bezeichnet wurde. In der programmatischen Erklärung „Krieg dem Baath-Regime. Waffen für Israel“ der „Bahamas“-Redaktion von 2002 heißt es im Abschnitt ‚Irak und Islamfaschismus‘ „Diese Zuversicht (gemeint ist die der Islamisten, G.H.) hat erst da merklich Schaden genommen, als die USA nach dem bisherigen Gipfelpunkt der antizivilisatorischen Aggression, anders als in Europa (mit der Ausnahme Großbritanniens) das tun würde, höchst selbstbewußt auf ihre Souveränität setzten und im Fall Al Quida und Afghanistan nachhaltig deutlich machten, daß es nicht mit gutem Zureden sein Bewenden haben würde.“ Sowohl der Afghanistan-Krieg als auch der Irak-Krieg 2003 fanden hier vollständige Unterstützung, wie die Aufrufe antideutscher Gruppen und Publizisten zum Kampf gegen das „faschistische Baath-Regime im Irak“ und zur „Verteidigung der Zivilisation“ belegen. Als Ausgangspunkt der nach den Anschlägen einsetzenden Versuche, Gemeinsamkeiten zwischen nationalsozialistischer Ideologie und Islamismus herauszuarbeiten, dient dabei in Anlehnung an den

US-amerikanischen Soziologen Daniel Goldhagen der Begriff des „eliminatorischen Antisemitismus“, der als zentraler ideologischer Gehalt des Islamismus angesehen wird. Aufgrund dieser Übereinstimmung kann auch von den unterschiedlichen historischen Voraussetzungen zwischen Nazideutschland und den gesamten Staaten des Nahen Ostens, in denen der Islamismus angesiedelt ist, abstrahiert werden: „Der Islamismus ist die moslemfaschistische Reprise des Nationalsozialismus unter den Bedingungen einer an sich selbst gescheiterten nachholenden Entwicklung in den islamisch geprägten Regionen der Weltmarktperipherie“, so „Bahamas“-Autor Clemens Nachtmann in einem Aufsatz aus dem Jahre 2002. In dieser Auffassung wird der 11. September zum „ersten generalstabsmäßig geplanten und durchgeführten antisemitisch motivierten Massenmord seit den Nazis.“ Mit der Aktualisierung des Nationalsozialismus in Gestalt des Islamismus geht die Beschwörung der Gefahr eines neuen Auschwitz - exekutiert am Staat Israel - durch die Wirkungsmacht islamistischer Gruppierungen einher: „Für Juden ist die mit der Chiffre Shoa belegte Massenvernichtung das einschneidende Ereignis, in dem der, mit der Herausbildung des industriellen Kapitalismus sich entwickelnde moderne Antisemitismus sein genuines Anliegen – Vernichtung aller Juden – erstmals in gigantischem Ausmaß umsetzte und – das zeigen nicht zuletzt die islamistischen Aktivitäten – mit der vorzeitigen Beendigung seines Projekts durch Deutschlands Kriegsgegner seinen Vernichtungswillen längst nicht eingebüßt hat“, wie Nachtmann in einem Artikel mit dem Autoren Horst Pankow für die gleiche Zeitschrift formulierte.

Als Beleg für das Vernichtungspotential des Islamismus von Al Qaida führen Kunstreich/Pankow den Anschlag auf das WTC an, das antisemitisch motiviert seien (das WTC als Zentrum des Finanzkapitals) und als Fortsetzung der in Israel verübten Selbstmordanschläge der Hamas zu verstehen sei: „Es stimmt: Die heutigen Islamisten sind noch nicht so weit. Am 11. September 2001 wurden ,erst' knapp ein Promille - vielleicht weniger - der von den Nazis ermordeten Juden umgebracht (...) Doch sagt das etwas aus über das Verhältnis von industriell oder nichtindustriell?“ Wie eindeutig diese historischen Parallelen gezogen werden, wird in der bereits zitierten Erklärung

der „Bahamas“ deutlich: Die existenzialistisch aufgeladene Entscheidung für „die bewaffnete Selbstverteidigung Israels als Kristallisationspunkt eines weltweiten Kampfes gegen den barbarischen Antikapitalismus“ erscheint als historischer Wendepunkt in Analogie zur faschistischen Aggression gegen die Republik in Spanien 1936. Die Schiefelage der Argumentation bedeutet das Absehen davon, dass in Spanien tatsächlich eine für Europa entscheidende Schlacht

zwischen Faschismus und den Gegenkräften geführt wurde und dass damals eine soziale Revolution in Gang war, die sowohl durch die Neutralitätshaltung Frankreichs (unter der Volksfrontregierung Blums) und Englands, den stalinistischen Folterschergen der GPU und den von Mussolini und Hitler sowie den Öllieferungen diverser US-Konzerne unterstützten Franco aufgerufen wurde. Der Text schließt mit dem programmatischen Aufruf zur bedingungslosen Solidarität mit Israel und den USA in ihrem Kampf gegen die „faschistisch-islamistische Internationale“ und endet mit dem Aufruf „Waffen für Israel!“.

Diese publizistische Positionierung an der Seite der USA und Israel mochte in der Linken eine gewisse Reichweite erhalten und führte dazu, dass sich etliche Antifagruppen als prozionistisch neudefinierten oder erst formten. 2003 konnten dann angesichts der Zweiten Intifada auch vermehrt sogenannte pro-israelische Antifaumzüge mit Israelfahnen beobachtet werden.

Eine über den linken Tellerrand hinausgehende publizistische Wirkung hatte der ehemalige KB-Aktivist und Politikwissenschaftler Matthias Küntzel, der diese Faschismus-Analogie zur Beschreibung des Phänomens des Islamismus besonders intensiv nutzt. In einem kurz nach den Anschlägen veröffentlichten Artikel in der großen linken Publikumszeitschrift Zeitschrift „konkret“, die ab 1991 unter ihrem Herausgeber Herman L. Gremliza einen „antideutschen“ Kurs eingeschlagen hatte, forderte Küntzel die Unterstützung des US-Krieges gegen Afghanistan und attackierte die pazifistische und antimilitaristische Linke, indem er eine Veränderung des „Paradigmas antikapitalistischer Kritik“ konstatierte: „Selbstverständlich müssen die amerikanische und die britische Politik weiterhin kritisiert werden. Jedoch nicht deshalb, weil sie die Dihadisten verfolgt, sondern weil sie diese nicht zielgenau und konsequent genug verfolgt.“ Küntzels Vorschläge münden in einer Aufforderung an die Bundesregierung, sich militärisch aktiver gegen die zum antifaschistischen Hauptfeind stilisierten Dihadisten zu wenden und votieren somit für eine aggressivere Kriegsbeteiligung der BRD.

Aus der gleichen Perspektive formulierte Küntzel nach der eskalierten militärischen Konfrontation im Juni 2006 zwischen Israel und der im Libanon ansässigen Hisbollah für Spiegel Online Ende Juli 2006: „Die Schlußfolgerung aus Hitlers Vernichtungskrieg - ‚Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!‘ - wurde einst gezogen, damit ein antisemitischer Krieg nie wieder möglich wird. Was heute davon übrig geblieben ist - ‚Nie wieder Krieg gegen Faschismus!‘ - stellt die historische Erfahrung auf den Kopf. Israel darf im Krieg gegen die Hisbollah nicht zum Einlenken gezwungen werden, sondern muß ihn gewinnen. So wie die Hisbollah ihren Krieg stellvertretend für den Iran führt, so bekämpft Israel den genozidalen Islamismus stellvertretend für die westliche Welt.“

Hier mischt sich die aus dem Volksfront-Antifaschismus bekannte Absage an Revolution, radikale Kritik und eine Bewegung von unten zugunsten eines notwendigen übergreifenden Kampfes gegen den Faschismus mit einem Bekenntnis zur westlichen Welt. Die israelische Regierung bekommt vor dem Hintergrund des „genozidalen Islamismus“ einen Freibrief ausgestellt; die Kriegsführung Israels mutiert zu einem ‚gerechten Krieg‘, ja Israel selbst übernahm als imaginiertes und entwirklichtes antifaschistisches Opfer- und Heldenkollektiv die Rolle, die lange Zeit in der dogmatisch-moskaufixierten Linken die Sowjetunion spielte.

Die Vehemenz der NS-Analogien und der schrägen historischen Vergleich ist auffallend, weil sich später „antideutsche“ Publizisten vor allem als polemische Kritiker aller postkolonial oder globalhistorisch ausgerichteter Versuche profilierten, welche unterschiedliche extreme Gewaltverhältnisse aufeinander beziehen wollen. „Antideutsche“ Publizisten, die soeben noch Holocaust und 9/11 auf eine Stufe gestellt haben, wollen im Vorschlag des Literaturwissenschaftlers Michael Rothberg eine „Einebnung“ und Herabsetzung der „Präzidenzlosigkeit des Holocaust“ sehen. Dabei plädiert dieser nur dafür, in einer Form multidirektionaler Erinnerung die Erfahrungen und Erzählungen von Opfern des Nazismus mit jenen von Kolonialismus oder Rassismus zusammenzuführen. Die vehemente Instrumentalisierung der Holocaust- und Faschismusanalogie in Bezug auf den Islamismus durch die „Antideutschen“ zeigt, dass das Insistieren auf „Singularität“ des Holocaust des Nationalsozialismus, dessen sich viele „Antideutsche“ befleißigen, lediglich propagandistischen Wert hat. Vergleichen und gleichsetzen darf man nur dann, wenn es zu einer Entlastung des Westens und mit ihm verbündeter Kräfte führt und ihre Kriege legitimieren hilft. Zwischen den 00er Jahren, die als Formierungsphase des „antideutschen“ Milieus gelten dürfen, und heute gelang vielen Protagonisten dieser Szene eine weitreichende Diffusion in die Restgesellschaft. Sie erlangten Einfluss in der Zivilgesellschaft, in Forschung und Lehre sowie in etlichen Nicht-Regierungs-Organisationen oder alternativen wie offiziellen Medien. In Think tanks stricken sie verfassungsschutzkonform an einem neuen Anti-Extremismus, in dem vor allem der Linken Antisemitismus unterstellt wird. In deutsch-israelischen Gesellschaften haben sie ebenfalls Platz genommen. Angesichts jedes zum Skandal erhobenen Beispiels von vermeintlichem oder tatsächlichem linkem, künstlerischem oder postkolonialem Antisemitismus spielten „antideutsche“ Influencer eine besondere Rolle, die darin besteht, nicht etwa differenziert zu kritisieren, sondern im moralisierenden Modus und mittels vorausgeschickter Aggressivität in der Anklage „Antisemitismus“ und nichts anderes zu diagnostizieren: So beim Fall Mbembe, so bei der Diskussion um das Wandbild des indonesischen Künstlerkollektivs Taring Padi auf der Kassler

documenta 2022, so bei den Diskussionen über die universitäre Platzbesetzungsbewegung gegen den israelischen Krieg gegen Gaza ab 2023/24. Dabei konnten sich diese anklagenden Stimmen nicht nur als Teil der Zivilgesellschaft gerieren, sondern waren selbst mit institutioneller Macht versehen. Denn einige wichtige Sprecher der „Antideutschen“ waren einen regelrechten „Marsch durch die Institutionen“ angetreten und auch sehr erfolgreich.

Zu nennen wären hier der bereits erwähnte Stephan Grigat, der 2019 Dozent für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München war und ab 2022 eine Professur für Theorien und Kritik des Antisemitismus an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen innehat. Er leitet außerdem das Centrum für Antisemitismus- und Rassismusstudien (CARS) in Aachen. Seit 2017 ist er „Research Fellow am Herzl Institute for the Study of Zionism“ der University of Haifa und seit 2022 am London Centre for the Study of Contemporary Antisemitism. Ein weiterer wichtiger Vertreter einer „Antideutschen“ ist Ingo Elbe von der „Roten Ruhr Uni“ Oldenburg. Beide zeichnen sich als vehemente neokonservative Kriegstrommler gegen den Iran aus, den sie zur antisemitischen Weltgefahr überzeichnen. Ihre öffentliche Rolle besteht darin als Akademiker postkoloniale Theorien unisono als strukturell antisemitisch zu geißeln und einer Wehrhaftigkeit Israels und eines mit allen Mitteln geführten Kampfes gegen Antisemitismus das Wort zu reden, welche weder menschenrechtlich fundiert zu sein haben noch auf bürgerliche Rechte Rücksicht nehmen müssen. Diese beiden ehemals Linken treten als Teile einer prozionistischen Querfront auf FDP- und Veranstaltungen der deutsch-israelischen Gesellschaft auf. Dort überflügeln sie in Autoritarismus und Schärfe die anwesenden liberalen Stimmen bei weitem. Dies dürfte dem Renegatenphänomen geschuldet sein – im Gegensatz zu Liberalen, die Meinungsfreiheit achten oder zumindest qua eigener weltanschaulicher Selbstverpflichtung so tun müssen, als würden sie diese achten, ist dies bei den neokonservativ gewendeten Ex-Linken oftmals nicht der Fall.

Grigat und Elbe stehen in einem de facto Bündnis mit dem obersten Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung, Felix Klein. Dieser folgt dem Konzept des „israelbezogenen Antisemitismus“ und des Drei-D-Tests, wonach Dämonisierung, Delegitimierung und ein Doppelstandard in der Behandlung Israels antisemitisches Denken anzeigen. Er vertritt, ebenso wie sämtliche Parteien des deutschen Bundestags mit Ausnahme von DIE LINKE, die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), die Kritik an Israel schnell in den Bereich des Antisemitischen zu schieben erlaubt. Unterscheidungsvermögen wird dadurch gewollt aufgegeben. Besonders gerne wird linke Kritik an Israel als „antisemitisch“ abgewertet und abgewehrt.

Dabei spielen „antideutsch“ sozialisierte oder geprägte Akteure eine entscheidende Rolle, um die

politisch interessierte Diagnose eines „linken Antisemitismus“ zu verbreiten, der als allgegenwärtig und omnipräsent erachtet wird. Bereits ein „Expertenbericht Antisemitismus“ der Bundesregierung von April 2017 verwies auf einen „Antisemitismus“ der „konstitutiv“ mit anderen Feldern wie dem linken Antiimperialismus verknüpft sei. Interessant ist dabei der Verweis auf die Forschung, die solche „Erweiterungen“ eines klassischen Antisemitismusbegriffs vornehmen würden:

„Insbesondere die deutsche Antisemitismusforschung versteht Antisemitismus z. T. noch deutlich breiter als ein viel komplexeres ideologisches Phänomen, das sich aus weiteren Verschwörungstheorien speist. Hier werden v. a. der Antiamerikanismus, Antikapitalismus, Antiimperialismus und die Globalisierungskritik ins Spiel gebracht.“ Durch diese definitorische „Breite“ werden Antikapitalismus und Antiimperialismus als „Verschwörungstheorien“ markiert, womit die ganze Bestimmung des Antisemitismus nebulös bleibt, wenn dieser als Phänomen dargestellt wird, das sich aus eher linkspolitischen Ansichten ableiten würde. Vor allem bleibt unreflektiert, aus welchen wissenschaftlichen Quellen diese Behauptungen und Setzungen selbst sich speisen. Welche „deutsche Antisemitismusforschung“ ist gemeint? In der Tat entstammen die meisten der präsentierten Erkenntnisse aus dem wissenschaftskarrieristisch recht erfolgreichen kleinen Segment der sogenannten „Antideutschen“, die mit Samuel Salzborn, Sebastian Voigt und Lars Rensmann Referenzen des Expertenkreises darstellen und deren vornehmliches politisches Ziel es war und ist, die historische Linke, aus der sie selbst kommen, zu desavouieren. Mit dem Politologen Samuel Salzborn hat Berlin nun einen Beauftragten für Antisemitismus, der gleichzeitig ein alter Bekannter im Diskursfeld Antisemitismus ist. Er ist einer der Hohepriester des „neuen McCarthyismus“ (Micha Brumlik), also einer politisch rechten paranoiden Politik voller Verdächtigung und Verfolgungspraxis. Dabei ist er nicht populistisch, sondern ausgesprochen elitär. Theorie verkommt bei ihm zu Theoriebombast, der der Einschüchterung von Laien dient. Auch das ist ein weit zurückreichendes Erbe aus der marxisierenden Frühzeit der „Antideutschen“, die sich gerne der Kritischen Theorie bemächtigten. Salzborns politische und wissenschaftliche Biographie spricht Bände. Er hat ebenfalls eine Herkunft im „antideutschen“ Milieu vorzuweisen mit publizistischen Auftritte in der Szenezeitschrift „Bahamas“, die sich ab den Nullerjahren eines antimuslimischen Rassismus befleißigt und aktuell in faschistoid überschnappender Weise in völliger Solidarität zur rechten Regierung Israels steht. Wenn Salzborn in einem bereits älteren Interview mit der „Jüdischen Allgemeinen“ darauf verweist, „während meiner politischen Sozialisation in den frühen 90er-Jahren ... Ignoranz gegenüber Antisemitismus, der verharmlost, nivelliert, bagatellisiert oder geleugnet wird“, erfahren zu haben, wäre interessant, nachzufragen,

wo genau diese Sozialisation stattgefunden hat. In der akademischen und intellektuellen deutschen Linken wurde ab den frühen 90er Jahren der Antisemitismus alles andere als geleugnet, sondern zuweilen gar als die Leitideologie eines drohenden „4. Reichs“ angesehen. Auf dem Weg seiner Wissenschaftskarriere hat Salzborn sich 2011 zusammen mit dem Politikwissenschaftler Sebastian Voigt als Ankläger eines vorgeblichen Antisemitismus der Partei „Die Linke“ profiliert, der Vorwurf zog trotz Gegenstandslosigkeit eine Bundestagsdebatte nach sich. In dieser kaum „Studie“ zu nennenden Anklageschrift, die vorgab, sich im Rahmen einer „kritischen Extremismusforschung“ zu bewegen, wollten die beiden Autoren vor allem einen begrifflich ominös gebliebenen „linken Antisemitismus“ in der Partei skandalisieren. Den Nachweis des Antisemitismus bei „Die Linke“ sind Salzborn und Voigt in ihrer „Studie“ schuldig geblieben. Das Gerücht war aber im Raum. Und die Partei „Die Linke“ ist im Sinne der Staatsräson diszipliniert worden – bis heute. Als weitere politische Intervention unterzeichnete Salzborn im Juli 2020 eine Solidaritätserklärung mit Felix Klein, der aufgrund seiner Unwissenschaftlichkeit ins Kreuzfeuer der Kritik geraten war. Die Unterzeichner halten darin fest, dass „wer heute fordert, keine israelischen Waren zu kaufen, ... geistiger Erbe von 'Kauft nicht bei Juden!' der SA“ sei. Den Antisemitismus erklären die Unterzeichner „zur kulturellen DNA Europas“, der im Stande sei, „sich wie ein Chamäleon den gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen“. Damit wird eine sicherlich zu hinterfragende und zu kritisierende Form zivilgesellschaftlichen Aktivismus, der Boykott Israels durch die BDS-Kampagne, um ein Ende der Okkupationspraxis zu erwirken, mit der jüdenfeindlichen Gewaltpraxis der Nazis parallelisiert. Auch die Metapher vom Chamäleon ist selbstentlarvend, denn ein Chamäleon trachtet danach, in ein Unschärfeverhältnis zu seiner Umgebung zu treten. So gewolltunscharf ist aber weniger der Antisemitismus selbst als der Antisemitismusbegriff der Unterzeichner. Salzborns Unterstützung von Klein und dessen denunziatorischem Antisemitismusbegriff eröffnete ihm selbst die Karriere zum Berliner Antisemitismusbeauftragten. Dass Salzborn nach dem rechtsradikal motivierten Anschlag in Halle in der Tageszeitung (taz) Anfang Dezember 2019 unbedingt auf „den Antisemitismus in den ... linken Kontexten, der sich zumeist gegen Israel wendet“ verweisen musste, ist bezeichnend. 2018 sah er in einer Veröffentlichung den mehrdimensionalen Konflikt im Nahen Osten um Israel und die Palästinenser und die sie begleitenden Feindbilder als einen Konflikt, der auf der Dichotomie von Juden und Judenhassern beruhe. Als „die einzige Demokratie im Nahen Osten“ verkörpere Israel die „liberale und aufgeklärte Welt“ und die „Komplexität der Moderne“ und ziehe daher weltweit den Hass der Antisemiten auf sich. Mit dieser politisch interessierten Setzung, die die Realität von Okkupation,

Annexion und Entrechtung, die von Israel ausgeht, schlicht ignoriert, dürfte klar sein, was dem Berliner Fachmann für Antisemitismus alles als Antisemitismus erscheint: vor allem Kritik an Israel, die von links kommt. Es ist diese Mischung aus schwungvoller Moralisierung und politischem Interesse, die bei den mit politischer Deutungs- und Handlungsmacht ausgestatteten Antisemitismusbeauftragten Felix Klein und Samuel Salzborn so stark wirkt.

Insofern greifen hier „Mob und Elite“ (Hannah Arendt) in ihrer Politik ineinander. Der zu Handgreiflichkeiten neigende antideutsche „Antifa“-Mob mit seinen Israelfahnen ist immer zur Stelle, wenn es darum geht, linke Initiativen oder auch nur menschenrechtlich motivierte Aktionen anzugreifen und zu denunzieren. Als neuere Wendung dürfte festgehalten werden, dass diese Gruppen nicht nur das Label „Antifa“ sich bemächtigt haben, sondern nun auch als „antimilitarisch“ gelten wollen. „Antideutsche“ Ideologie ist so nicht nur unter einigen Jüngeren bei der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten oder eben in nominellen Antifa-Gruppen anzutreffen, sondern auch in einem Berliner und Brandenburger Landesverband der Deutschen Gesellschaft für Kriegsdienstverweigerer (DFG-VK). Dieser mobilisierte gegen das bundesweite Bündnis „Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel. Das Töten endlich beenden, Waffenexporte stoppen!“ Sie warfen vollständig haltlos und argumentfrei dem Bündnis aus Pax Christi, amnesty international und medico international vor, im Gewand des Friedens und der Menschenrechte Antisemitismus und Hass auf Israel schürt. Ihr Schlachtruf lautet: „Gegen jeden Antisemitismus“. Gemeint ist mit „jeden“, dass ganz im Geiste der IHRA-„Definition“ alles Mögliche, auch scharfe Kritik an Israel oder linker Antizionismus zum Antisemitismus erklärt und denunziatorisch bekämpft werden darf. Doch nicht nur das, mittlerweile soll sich auch hinter einem universalistischen Menschenrechtsbegriff, der die Tötung von Israelis oder Juden genauso betrauert, kritisiert und abzuwehren trachtet wie eine solche von Palästinensern, ein Antisemitismus verbergen. Die passende elitär-akademische Arbeit zu dieser menschenfeindlichen Position hat eine Natascha Müller in Form ihrer Dissertation vorgelegt, sie lautet „Menschenrechte und Antisemitismus“ und kam 2022 im Transkript Verlag heraus. Nicht nur Theorie, sondern einen Soundtrack kann diese rassistische Antimenschenrechtsposition ebenfalls vorweisen: Passenderweise startete die kleine Gegendemo zur Friedenskundgebung mit dem geschichtsrevisionistischen Song der Antilopen Gang „Oktober in Europa“. Der Songtext entsorgt ganz im Stil der alten „Bahamas“-Texte von 2002 deutsche Naziverbrechensgeschichte, indem er sie nach Nahost exportiert. Beliebiger Denunziationspolitik folgend klebt der Text radikalen Aktivisten wie Greta Thunberg das Etikett „Antisemitin“ an.

So verdeutlichte diese kleine Gegendemonstration auf der Straße das Ansinnen aller proisraelischen Akteure, es ist die Abwendung des Ansinnens der menschenrechtlichen Demonstration von Amnesty International und medico international: Es soll keinen gerechten Frieden in Palästina und Israel geben, das Töten von Palästinenserinnen und Palästinensern soll nicht beende werden und Waffenexporte müssen weiter laufen. Wenn der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung jüngst Verständnis für die Umsiedlungspläne von US-Präsident Donald Trump für Palästinenser im Gazastreifen zeigte, ist er nicht weit entfernt von den Trump-begeisterten und antipalästinensischen Verlautbarungen aus dem Kreis der Berliner „Bahamas“. Mit dieser Politik wird man sich schwerlich „antideutsch“ nennen können. Die offizielle deutsche Politik zeigt sich ja auch weit empörter über Trumps Ukrainepolitik denn über seine Riviera-Gaza-Bemerkungen, die im Einklang mit der Regierung Netanjahu stehen. Deutschland beharrt weiterhin auf seine besondere Verbindung mit Israel, wenn dieses auch eine in Teilen rechtsradikale Regierung vorzuweisen hat und einen völkerrechtswidrigen Krieg führt, den namhafte Forscher als Genozid benennen. „Deutsch“ heißt: Nie wieder ist jetzt, und gilt nicht etwa universalistisch für alle, sondern nur für Juden. Nie wieder Ghettoisierung, Wasser- und Nahrungsmittelentzug, Deportation und Tötung gilt nicht für Palästinenser. Denn von offizieller Seite wird die „Staatsräson“ als Lehre aus der tiefen Schuld, in der Deutsche gegenüber Juden nach dem Holocaust stehen, verkauft. Insofern sind die genannten Akteure besonders vehemente prowestliche Jubelperser der deutschen Staatsräson, deren Aggressivität psychodynamisch noch zusätzlich angeheizt wird, weil die meisten von ihnen aus deutschen Täterfamilien kommen. Um diese (von einigen durchaus empfundene) deutsche Schuld im hyperzionistisch-philosemitischen Gestus und Ideologiemodus abzuwehren, übertragen sie sie auf Palästinenser, Muslime, israelkritische Juden, palästinasolidarische Migranten, die anzugreifen es dem guten, geläuterten Deutschen auch gestattet ist. Dieser aggressive Schulabwehrantisemitismus neuer Art verbindet den evangelikal geprägten Felix Klein, der 2018 prominent beim Marsch für das Leben christlich-fundamentalistischer Gruppen gesichtet wurde, die gerne alle Juden der Welt im Heiligen Land versammelt sehen würden, damit Jesus zum zweiten Mal erscheinen kann, mit dem Kopf der „Bahamas“, Justus Wertmüller, dem Religion herzlich egal sein dürfte, dem „Abendland“ aber mittlerweile einiges abgewinnen kann.